Nr. 260 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 128

Abend-Ausgabe

1 Mark

Bezugspreis:
Vierteljährl. 150.— M., monatl. 50.— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 50.— M., einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Memelgebiet, sowie Oesterreich u. Luxemburg 64.— M., für das übrige Ausland 102.— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts
Berliner Volksblatt
Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 16.— M. — Reklamezeile 80.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 4.— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 3.— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 2.50 M., jedes weitere Wort 2.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 8.— M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97, Expedition Moritzplatz 11753—54

Sonnabend, den 3. Juni 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Die Vorschläge des Morgan-Komitees.

Paris, 3. Juni. (WTB.) Der Frage der internationalen Anleihe widmet der „Petit Parisien" eine Betrachtung. Nach seiner Ansicht habe der Internationale Ausschuß noch nicht endgültig zwischen den beiden Kombinationen eine Entscheidung getroffen, die er anempfehlen könne. Die erste Kombination bestehe darin, auf dem internationalen Markt eine ziemlich große Anleihe unterzubringen. Das wäre jedoch nur möglich, wenn man die Herabsetzung der gesamten Schulden Deutschlands anempfehle, indem man einen gleich großen Betrag der interalliierten Kriegsschuld annulliere. Diese Kompensationsfrage könne möglicherweise erst dann gelöst werden, wenn Amerika seine Haltung zur Schuldenfrage ändere.

Eine zweite viel bescheidenere Operationsmöglichkeit, für die seit dem Monat März Finanzminister de Lasteyrie und Sir John Bradbury eingetreten seien, wäre die Auflegung einer kleinen Anleihe, basierend auf Sicherheiten und spätere allgemeine Regelung. Eine Schwierigkeit sei hier vorhanden, denn nach französischer Ansicht würde eine derartige Anleihe Frankreich nur eine geringe Summe einbringen, da bekanntlich an erster Stelle die belgische Priorität berücksichtigt werden müsse. Einzelne Persönlichkeiten glaubten auch, ein Teil dieser Anleihe werde zur Stabilisierung der deutschen Mark verwendet werden müssen.

Andere Pläne gingen dahin, daß der Bankierausschuß schon in der kommenden Woche den Weg zur Lösung des Problems finden werde. Früher oder später aber müsse man durch das eine oder andere System Deutschland die Mittel liefern, Zahlung dadurch zu leisten, daß es sich eine äußere Anleihe schaffe. Deutschland werde nur in dem Maße, in dem es Geld leihen könne, aufgerichtet werden.

Anleiheausschuß und Reparationskommission.

Paris, 3. Juni. (WTB.) Der Pariser Berichterstatter der „Times" schreibt zu der innerhalb des Anleiheausschusses bestehenden Meinungsverschiedenheit, es handele sich um die Frage, ob der Ausschuß die Kreditfähigkeit Deutschlands unter Berücksichtigung der großen deutschen Reparationsverpflichtungen zu erörtern befugt sei. Auf der einen Seite werde dies als ein Versuch des Anleiheausschusses angesehen, die Vorrechte der Reparationskommission an sich zu reißen. Auf der anderen Seite werde erklärt, wenn Deutschland Geld geliehen werden soll, so müsse der Anleiheausschuß die Verpflichtungen Deutschlands prüfen. Nach der Meinung der Bankiers könnten das Reparationsproblem und das Anleiheproblem nicht voneinander getrennt werden.

Nach Ansicht des Berichterstatters der „Times" scheint die Unterbrechung der Sitzungen zu bedeuten, daß die Reparationskommission zu einer Erörterung über die Funktionen des Anleiheausschusses schreiten wird. Man habe zuerst gehofft, daß eine Rückverweisung an die Kommission nicht notwendig sein werde. Aber auch in der Reparationskommission seien die Ansichten geteilt. Einige Mitglieder würden den Bankiers gern weitergehende Befugnisse geben, andere dagegen wachen argwöhnisch darüber, daß die Vorrechte der Regierungen und der Reparationskommission nicht beeinträchtigt würden. Wie die Frage gelöst werden würde, sei vorläufig schwer zu sagen.

Regelung der alliierten Schulden?

Washington, 3. Juni. (EP.) Man glaubt hier, daß die Verhandlungen der Kommission für die Konsolidierung der alliierten Schulden in nächster Zeit eröffnet werden könnte. Staatssekretär Mellen, Hughes und Hoover haben einen provisorischen Entwurf über diese Frage ausgearbeitet und erwarten nun die Ankunft der französischen und englischen Delegation. Man glaubt, daß zuerst mit der englischen Delegation verhandelt werden wird und daß das mit England abgeschlossene Abkommen als Muster für alle anderen Delegationen dienen wird.

Zur irischen Krise.

Als im Jahre 1802 die Union zwischen Irland und England feste Umrisse annahm, bildete sich unter den Katholiken eine Opposition zur Verteidigung der Freiheitsrechte Irlands. Aus diesen Tagen datiert der versteckte Kampf zwischen England und Irland, der gelegentlich revolutionären Charakter annahm, ohne Wesentliches im Sinne der Revolution erreichen zu können. Reformen griffen zwar im Laufe der Zeit vorsichtig tastend Platz, aber an dem Grundverhältnis Irlands als englischer Provinz ohne autonome Rechte wagte kein englischer Staatsmann etwas zu ändern, bis in den Jahren vor dem Kriege Nord- und Südirland, die bekanntlich in tiefem religiösen Gegensatz stehen, die Selbstverwaltung gewährt wurde. Das war immerhin ein bedeutender Fortschritt auf dem Wege zu einem freien Irland.

Der Krieg mit seinen mannigfachen Erscheinungen führte das revolutionäre Element in Irland wieder an die Oberfläche. Bald nach Kriegsende kam es zu einer revolutionären Erhebung, die die Form eines Kleinkrieges mit all seinen terroristischen und verderblichen Folgen annahm. Die Bewegung wurde von Amerika, dem Ziel der sehr zahlreichen irischen Auswanderer und dem Mittelpunkt der auswärtigen irischen Freiheitsbewegung, unterstützt. Die englische Regierung schickte ein Söldnerheer nach Irland, das nicht minder erbarmungslos vorging als die Freiheitskämpfer selbst. Die Revolutionäre, nach ihrem ersten Führer Sinnfeiner genannt, riefen die Republik aus und wählten ein selbständiges Parlament. Der irische Republikaner de Valera, der die Bewegung zunächst von Amerika aus verfolgte, schiffte sich nach Europa ein und übernahm die Leitung, in Irland stürmisch begrüßt. Die englische Regierung mußte einsehen, daß Waffengewalt wenig Aussicht auf Erfolg hatte. In England selbst wuchs von Tag zu Tag die Opposition gegen das gewaltsame Vorgehen. Besonders die Arbeiterschaft trat mit aller Energie für eine friedliche Lösung der Streitfrage ein. Aber Annäherungsversuche seitens der englischen Regierung scheiterten zunächst an mangelnden Konzessionen auf beiden Seiten.

Im Frühsommer des Jahres 1921 trat in London die Reichskonferenz der englischen Kolonien zusammen, um über die Neuordnung des britischen Weltreiches zu beraten. Im Verlauf dieser Konferenz begab sich der Erste Minister Südafrikas, der frühere Burenkämpfer und Britenfeind Smuts nach Irland. Was der englischen Regierung nicht gelang, erreichte er. Es kam zu einem Waffenstillstand, dem sich Verhandlungen zwischen England und der provisorischen Regierung Irlands anschlossen. Die Verhandlungen waren langwierig und mußten wiederholt abgebrochen werden, da eine Einigung nicht möglich schien. Im Dezember 1921 endlich wurde zwischen den Parteien ein Vertrag abgeschlossen, auf Grund dessen Irland die Verfassung der konstitutionellen englischen Kolonien gegeben wurde. Damit war das Ziel der irischen Unabhängigkeitsbewegung erreicht: der Freistaat Irland innerhalb des britischen Reichsverbandes. Mehr konnte die britische Regierung nicht gewähren, wollte sie nicht die Reichseinheit in Stücke schlagen. Und mehr verlangten die irischen Revolutionäre auch nicht. Sie setzten ihre Unterschrift unter das Dokument. In Irland wurde der Tag festlich begangen; das englische Besatzungsheer wurde zum großen Teil abberufen; es herrschte Frieden im Lande.

Einer war allerdings unzufrieden mit der Lösung: de Valera. Er hatte sich vorzeitig von den Verhandlungen zurückgezogen, er hatte die Unterschrift verweigert. Für ihn existierte auch dieser Vertrag nicht; für ihn existierte nur die Republik Irland, die mit England nichts mehr zu tun haben will. Insgeheim sammelte er eine Schar Unentwegter, mit der er nunmehr denselben terroristischen Kleinkrieg gegen seine ehemaligen Freunde und Waffengenossen aufnahm. So einig die Freiheitsbewegung in Irland vorher hinter de Valera gestanden hatte, hierher konnte ihm nur noch ein kleiner Teil folgen. Die Gewerkschaften Irlands veranstalteten einen 24stündigen Generalstreik als Protest gegen den unsinnigen Doktrinarismus de Valeras, der seine persönliche Meinung höher anschlägt als den Frieden und das Wohl seines Volkes. Die Vertragsanhänger unter Collins Führung, der größte Teil des provisorischen Parlaments sprachen sich für einen Volksentscheid in der Frage „Republik ohne England oder Freistaat mit England" aus, der im Laufe des Juni vor sich gehen sollte.

De Valera lehnte zunächst selbst das ab. Da überraschte vor einigen Tagen die Nachricht, daß zwischen Collins und de Valera eine Vereinbarung zustande gekommen sei. Die Grundlagen dieser Verständigung sind in der Oeffentlichkeit nicht bekannt, aber man darf annehmen, daß Collins in der Verfassungsfrage in einem de Valera befriedigenden Grade entgegengekommen ist. Es scheint vor allem, daß Collins auf Wunsch de Valeras in den Verfassungsentwurf Paragraphen aufgenommen hat, die Irland in dem Verkehr mit dem Ausland fast die Rechte einer souveränen Macht gewähren, während sie die Stellung des Vertreters der englischen Krone auf eine repräsentative beschränkt. Das würde tatsächlich

Landesratswahlen im Saarrevier.

Nichtbeteiligung der Sozialdemokratie.

Für das Saargebiet hat die Regierungskommission des Völkerbundes, die in Wahrheit nur ausführendes Organ der französischen Annexionspolitik ist, zum 25. Juni Wahlen für den Landesrat ausgeschrieben. Angesichts des Umstandes, daß dieser Landesrat ohne alle Rechte eines Parlaments ist — er darf weder seinen Vorsitzenden selber wählen, noch den Haushaltsplan bestimmen, noch auch nur seine Tagesordnung festsetzen oder seine eigenen Mitglieder vor politischer Verfolgung schützen — hatten ursprünglich alle Parteien den Wahlstreik proklamiert. Zentrum, Liberale Volkspartei, Demokraten und Unabhängige haben jedoch diese Parole wieder aufgegeben, so daß augenblicklich nur noch die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten — letztere infolge eines Beschlusses einer Funktionärkonferenz vom 27. Mai — an der Wahlenthaltung festhalten.

Uns schiene es dringend wünschenswert, daß sich unsere saarländischen Genossen ihren Beschluß noch einmal überlegten. So ungünstig auch alle Erfahrungen sind, die man immer noch mit der Parole der Wahlenthaltung machte, so konnte sie doch im gegebenen Fall zu einem eindrucksvollen Erfolg werden, wenn alle Parteien an ihrem ursprünglichen Beschluß festhielten. Da dies aber nicht der Fall ist, so würden wir es für außerordentlich bedauerlich halten, wenn unsere Partei den anderen das Feld überließe und sich selbst ausschaltete.

Nachdem der einheitliche Wahlstreik gescheitert ist, scheint es uns Pflicht unserer Partei, durch stärkste Aktivität die Aufmerksamkeit der Welt auf den Zustand der Knechtschaft hinzulenken, in dem sich das Saargebiet unter dem gegenwärtigen Regime befindet. Dazu gehört, daß auch bei den kommenden Wahlen der äußere Eindruck eines tatenlosen Beiseitestehens vermieden wird. Was der saarländischen Bevölkerung in die Hand gegeben worden ist, ist freilich nur der Stumpf eines Schwerts. Aber unsere Partei muß zeigen, daß sie versteht, mit ihm zu kämpfen!

Frankreich und die Russen-Konferenz.

Paris, 3. Juni. (Havas) Poincaré ließ gestern abend an alle zur Sachverständigenkonferenz im Haag eingeladenen Regierungen eine Denkschrift senden, in der er die Bedingungen erläutert, die Frankreich für unerläßlich hält, um den Erfolg dieser neuen Konferenz über die russische Frage sicherzustellen. Vor der Genueser Konferenz hatte der französische Ministerpräsident, wie erinnerlich, am 31. Januar eine ähnliche Denkschrift an die Delegierten der beim Obersten Rat in Cannes vertretenen Mächte und an die Staaten der Kleinen Entente versenden lassen. Das neue Schriftstück erklärt die rechtlich allgemein anerkannten Grundsätze, die damals als unumgängliche Grundlage für jedes Verhandeln mit der Sowjetregierung aufgestellt wurden. Poincaré weist auf die Lehren hin, die man aus den langen Debatten in Genua mit den russischen Bevollmächtigten ziehen konnte. Zum Schluß meint er, daß, außer einer technischen Verhandlung zwischen den Sachverständigen, die neue internationale Beratung zu einem Mißerfolg verurteilt ist in Anbetracht der Erfahrung, die man kürzlich in Genua mit den diplomatischen Methoden der Sowjets machen konnte. Diese Denkschrift wird veröffentlicht, sobald sie alle Regierungen, denen sie gesandt wurde, erhalten haben. Erst nachher wird die französische Regierung beschließen, ob sie es für angebracht hält, sich im Haag vertreten zu lassen oder nicht. Es ist von Interesse, schließt die Havasmeldung, festzustellen, daß die Ansicht amtlicher amerikanischer Kreise über die Zusammenkunft im Haag vollständig mit der französischen offiziellen Ansicht übereinstimmt.

Zusammenbruch Lenins.

Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt, daß Lenin einen Bluterguß ins Gehirn erlitten hat. Infolge dieser Nachricht sind Litwinow und Radek sowie der gesamte Stab Litwinows nach Moskau gereist.

In der hiesigen Sowjetregierung herrscht darüber, wie die „B. Z. a. M." mitteilt, große Bestürzung, weil man die Autorität Lenins zur Umstellung Sowjetrußlands auf die Verhandlungen von Genua und im Haag dringend benötigt. Niemand außer Lenin hat heute in Rußland eine Autorität, die erforderlich ist, um den Uebergang Sowjetrußlands zu denjenigen wirtschaftlichen Mischformen durchzusetzen, wie sie durch die Vermittlungsvorschläge Krassins und Tschitscherins in Genua notwendig wurden. Bedenkt man überdies, daß Trotzki und Litwinow die schärfere kommunistische Richtung vertreten, so ist die schwere Erkrankung Lenins augenblicklich von eminenter politischer Bedeutung.

Der Prozeß gegen die Sozialistenrevolutionäre wird einer Roß-Preß-Meldung zufolge am 16. Juni beginnen. Den Angeklagten sowie den Verteidigern wurde die Anklageschrift, die 200 Seiten umfaßt, übergeben. Die ausländischen Verteidiger Vandervelde, Rosenfeld und Liebknecht hatten schon eine Unterredung mit den Angeklagten, deren Zahl 34 beträgt, gehabt. Außer den drei genannten Ausländern werden die angeklagten Sozialistenrevolutionäre von 15 örtlichen Advokaten verteidigt. Als Vertreter der 3. Internationale werden dem Prozeß Klara Zetkin und die Franzosen Frossard und Sadul beiwohnen.

Völkerbundkundgebung in London. Am 15. Juni wird im Hyde-Park eine große Kundgebung zugunsten des Völkerbundes stattfinden. Es werden 12 Rednertribünen aufgeschlagen werden. Alle diplomatischen Vertreter der Länder, die dem Völkerbunde angehören, werden der Kundgebung beiwohnen. 50 Redner werden das Wort ergreifen, darunter Lord Robert Cecil, die Gräfin Astor, der Erzbischof von York, der Arbeiterabgeordnete Clynes und andere.

Ungarn will keine Kommunisten. Der ungarische Handelsminister hat den in Berlin erscheinenden Wochenschriften „Der kommunistische Gewerkschaftler" und „Die rote Gewerkschaftsinternationale" das Postdebit entzogen.

mehr sein, als in dem Londoner Vertrag vorgesehen wurde. Es würde bedeuten, daß Irland mit England in weniger festen Zusammenhang steht als die selbständigsten Kolonien.

Die Verständigung rief in England und bei der englischen Regierung große Bestürzung hervor. Eine amtliche Verlautbarung sprach davon, die englische Regierung werde sich nicht mehr für an den Vertrag gebunden halten, wenn de Valera die Oberhand gewinnen sollte. Churchill erklärte im Unterhause, die englischen Truppen würden in Dublin zurückgehalten, um die Entwicklung der Dinge abzuwarten. Sollte die Republik Irland ausgerufen werden, so werde Dublin die Basis für militärische Operationen von englischer Seite sein. Soweit ist die Situation heute gediehen, man wird nun zunächst abwarten müssen, was die Verhandlungen bringen, die England mit der provisorischen irischen Regierung anbahnt.

Verhandlungen in London.

London, 3. Juni. (EP.) „Daily Mail" berichtet, daß gestern während einiger Zeit die irische Frage eine tragische Richtung annahm. Die englische Regierung hatte der irischen Delegation gestern abend ein Ultimatum übersandt, wonach die Iren auf 6 Fragen sofort zu antworten hätten. Bei Ablehnung des Ultimatums sollten die Unterhandlungen abgebrochen, der Vertrag von Downingstreet für aufgelöst erklärt und eine militärische Besetzung von Irland sofort in Angriff genommen werden. Die irischen Delegierten sollten London um 8,45 Uhr abends verlassen, um 8,15 Uhr kam ihre Antwort. Die Unterhandlungen wurden daraufhin auf nächsten Dienstag verschoben. Es handelt sich bei diesem Ultimatum um den irischen Verfassungsentwurf. **Die englische Regierung und besonders die unionistischen Mitglieder derselben waren der Ansicht, daß der Entwurf sozusagen die Gründung einer unabhängigen irischen Republik vorschlägt.**

London, 2. Juni. (Reuter.) Das Kabinett trat heute wiederum zur Besprechung der irischen Krisis zusammen. Lloyd George hat beschlossen, London heute abend zu verlassen und sich nach Criccieth zu begeben. Dieser Beschluß wird als ein hoffnungsvolles Zeichen betrachtet.

Weitere Truppen sind heute aus England nach Irland abgegangen.

Vor den Wahlen in Irland.

Dublin, 3. Juni. (EP.) Collins hat sofort nach seiner Rückkehr nach Dublin sich mit seinen Parteigenossen in Verbindung gesetzt. Man erklärt, daß die Wahlen für die irische Nationalversammlung in Vorbereitung sind und daß die Koalitionspartei, die nun offiziell begründet ist, 124 Kandidaten aufstellen wird. Die Nationalversammlung wird 128 Abgeordnete zählen. 4 Sitze von der nationalen Partei sind Vertretern von der Universität von Dublin reserviert. Gegenüber der nationalen Partei stehen 20 Kandidaten der Bauernpartei und ungefähr ebensoviel Kandidaten der Arbeiterpartei sowie einige Unabhängige.

Kommunistische „Einheitsfront" in Sachsen.

Während in Sachsen ein Volksentscheid vor der Tür steht, bei dem das Bürgertum geschlossen gegen die Arbeiterklasse zu Felde zieht — es handelt sich um die Beibehaltung bzw. Abschaffung der Feiertage am 1. Mai und 9. November — gehen die Kommunisten Sachsens daran, die reinsozialistische Regierung zu stürzen. In Braunschweig hat man der Sozialdemokratie ihre Haltung als fürchterliches Verbrechen angekreidet, obwohl dort die sozialistische Mehrheit durch die Schuld der Unabhängigen vernichtet worden ist, die den schwerkompromittierten Sepp Oerter wieder in den Landtag wählten, der sich dann auf die Seite der Gegner der Arbeiterklasse schlug. Dagegen liegt in Sachsen nicht der mindeste Grund zur Sprengung der Arbeiterregierung vor, es sei denn, daß die Unterstützung einer Regierung der hemmungslosen Agitationspolitik der Kommunisten unbequem ist. Ein Teil der sächsischen Kommunisten war für sofortige Preisgabe der Regierung, um wieder in der altgewohnten Weise hetzen zu können, ein anderer hatte Bedenken. So einigte man sich auf vier Forderungen, die zunächst der sächsischen Regierung gestellt werden sollten. Diese lauten: 1. Amnestie. 2. Verbot der Technischen Nothilfe. 3. Entmilitarisierung der Polizei. 4. Heranziehung der Betriebsrätevollversammlungen zur Gesetzgebung.

Mit Recht bemerkt zu diesen Forderungen die unabhängige „Leipziger Volkszeitung", daß sie zum Teil nicht nur für eine sozialistische, sondern sogar für eine rein kommunistische Regierung heute undurchführbar wären, da ihre Verwirklichung gar nicht Landessache, sondern Reichssache wäre. Inzwischen hat aber eine kommunistische Bezirkskonferenz für den Unterbezirk Chemnitz bereits beschlossen, die Forderungen den beiden sozialdemokratischen Parteien als Ultimatum vorzulegen und im Ablehnungsfalle den Polizei-, Justiz- sowie den Gesamtetat abzulehnen. Auch hier ist der „Leipziger Volkszeitung" recht zu geben, wenn sie sagt, daß damit die Kommunisten zu verstehen geben, daß sie keine gegenseitige Einigung und Verständigung, sondern daß sie einfach diktieren wollen. Diese Art der Behandlung müßten die beiden anderen Parteien ablehnen.

*

Als im vorigen Jahr nach vielen Mühen die reinsozialistische Regierung in Sachsen mit Unterstützung der Kommunisten zustande kam, gab es schon damals eine nicht unbeträchtliche Gruppe in dieser Partei, die diese Politik nicht mitmachen wollte. Damals mußte Karl Radek in höchsteigener Person sich ins Mittel legen. Er veröffentlichte in der „Roten Fahne" zwei Artikel für die Koalitionspolitik, in denen er u. a. sagte:

Die Kommunistische Partei kann jeder Regierung angehören, die gewillt ist, mit dem Kapitalismus ernst zu kämpfen. Es gibt keinerlei prinzipielle Gründe für die Teilnahme, keinerlei prinzipielle Hindernisse der Teilnahme der Kommunistischen Partei an einer Regierung, die den Kampf gegen das Kapital zu führen genötigt ist. . . Wir werden eine Arbeiterregierung, wenn sie auch glaubt, sich einstweilen auf die Mittel der Demokratie beschränken zu können, in ihrem Kampfe gegen das Kapital mit allen Mitteln unterstützen, d. h. wir werden, wenn es notwendig ist, nicht nur für diese Regierung mit den Waffen in der Hand kämpfen, sondern auch die Mitverantwortung sowie die Teilnahme übernehmen.

So las man in der „Roten Fahne" vom 1. Dezember 1921. Damals wollte man mit der Waffe in der Hand für die Demokratie kämpfen, wollte sogar die Mitverantwortung in einer demokratischen Regierung durch aktive Teilnahme — nicht nur durch indirekte Unterstützung — übernehmen. Aber heute — genau ein halbes Jahr später — schreibt in der gleichen „Roten Fahne" ein gewisser Hans Nagel:

Etwas ganz anderes (als eine proletarische Regierung. Red.) ist eine sozialistische, oder besser gesagt, sozialdemokratische Regierung, wie sie z. B. jetzt in Sachsen besteht. Ein solches Ministerium ist ein rein parlamentarisches Gebilde, dessen Vertreter zufällig Mitglieder der SPD. oder USPD. sind (!), aber dessen Politik nicht den lebendigen Willen der Arbeiterklasse abspiegelt. Ohne Verankerung in den Arbeitermassen, ohne Verbindung mit den Betrieben und Betriebsräten wird eine solche Regierung unter dem Zwang der Koalitionsfessel ihrer Parteiinstanzen mit Notwendigkeit zur offenen oder versteckten Stinnespolitik abgedrängt.

Damit kommt Nagel zu dem Schluß, daß in einer parlamentarisch-demokratischen Regierung für die Kommunisten kein Platz ist. Radek für Teilnahme an einer demokratischen Regierung, Nagel dagegen, — es ist das alte Bild der Leute, die selbst nicht wissen, was sie positiv wollen und sich daher mit Naturnotwendigkeit auf die rein negative Tätigkeit des Kaputtmachens und Niederhetzens verlegen müssen.

Niederlage der Buchdruckerkommunisten in Leipzig. Bei der Stichwahl zur Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in Leipzig erlitten die Kommunisten eine glatte Niederlage. Von den vier in der Stichwahl zu wählenden Delegierten gehören 3 der SPD. und einer der USPD. an. Die kommunistischen Kandidaten und mit ihnen ihr geistiges Haupt, der Redakteur Böttcher, fielen durch.

6500 Pfund Butter Pacht.

Ein Freund des „Vorwärts" sendet uns die „Ostfriesischen Nachrichten" vom 30. Mai. Es ist in ihnen zu lesen:

Marienchor. Der hier belegene, zzt. von Landwirt Ottjes bewirtschaftete Grünlandsplatz zur Größe von zirka 35 Hektar der Frau Ww. G. Kratzenberg zu Thedinger-Vorwerk wurde im öffentlichen Termine an Landwirt Detett Siemers in Holthusen verpachtet. Die Pacht beträgt 6500 Pfund Butter jährlich.

Der erzielte Pachtpreis stellt auch unter den heutigen Verhältnissen einen Rekord dar und ist auch in manch anderer Hinsicht lehrreich.

Unter einem „Grünlandsplatz" versteht man einen Hof, bei dem die Weidewirtschaft vorherrscht. Es handelt sich um einen Hof mittlerer Größe von etwa 140 Morgen, der vor dem Kriege höchstens 4000 bis 5000 M. Pacht gebracht hat. Der jetzige Pachtpreis von 6500 Pfund Butter jährlich entspricht unter Zugrundelegung der geltenden Butterpreise der hübschen runden Summe von ½ Million Mark. Diese Summe zahlt schon der Pächter, der doch auch noch leben und verdienen will! Beziffert man den Verdienst des Pächters nur auf 25 Proz. der Pachtsumme, so kommt man zu dem beinahe unglaublichen Resultat, daß heutzutage aus einem mittleren Bauernhof über 600 000 M. herausgewirtschaftet werden. Daraus kann man ermessen, mit welchen ungeheuren Verdiensten die „notleidende" Landwirtschaft auf Kosten der übrigen Volksteile arbeitet.

Fremdenausbeutung in Bayern.

Man schreibt uns aus Bayern:

Schon im Oktober vorigen Jahres setzte in Bayern eine noch nicht gekannte Teuerungswelle ein in Erwartung der märchenhaften Gewinne, welche Landwirtschaft, Lebensmittelhandel und Gastwirtsgewerbe durch die „Gewerbeschau" und das „Passionsspiel" zu verdienen gedachten. Der Raubzug auf die Taschen der „Fremden" hat jedoch derartige Formen angenommen, daß mit einem Fiasko des „Fremdengeschäfts" zu rechnen ist.

Für eine Münchener Reise hat ein Schweizer z. B. zu bezahlen: 2000 M. für das Paßvisum beim Konsulat, Einreiseerlaubnis 1—2000 M. In den Hotels, soweit sie nicht ausdrücklich einen 100proz. Valutaaufschlag erheben, werden an die Fremden nur hochwertige Zimmer im Preis (laut „Münchener Zeitung") von 1—2000 M. abgegeben. Dazu kommen an kommunaler und staatlicher Wohnsteuer 59,5 Proz., ferner täglich durchschnittlich 200 M. (für Amerikaner bis 10 000 M.) für die polizeiliche Aufenthaltsbewilligung. Was die Verpflegung anbetrifft, so stellt sich diese seit Mai auf das gleiche wie im Ausland, da die Hotels keine inländischen Lebensmittel erhalten und verpflichtet sind, alles aus dem Ausland zu beziehen. Eine Portion Tee in einem Lokal der „Münchener Gewerbeschau" kostet zu B. 36 M.

Vergleicht man dagegen die Preise im Ausland, so wird man finden, daß man gegenwärtig in der hochvalutarischen Schweiz viel billiger lebt wie in Bayern. So kostet in einem vornehmen Hotel ein Zimmer mit Pension 11 Francs, in kleineren Hotels 7,50 Francs. Dazu kommt noch, daß der Fremde in Theatern, Museen usw. in München gleichfalls ein Mehrfaches des Eintrittspreises bezahlt.

Es kann ja sein, daß trotz dieser Preise, die den internationalen Preis teilweise weit übersteigen, dieses Jahr ein segensreiches ist; daß es allseits Dollars regnet und daß die Ernte über sieben Jahre der Zukunft hinweghilft. Aber man täuscht sich vielleicht doch, wenn man von den Fremden ohne weiteres annimmt, daß sie, wie die Einheimischen, alles bezahlen, was es kostet; man vergißt, daß man in den Ländern mit stabiler Valuta noch rechnet und sich genau überlegt, wo man für dasselbe Geld am weitesten kommt.

Bereits verkünden Plakate: „Kommt nach Garmisch-Partenkirchen, keine Ueberfüllung!" und deuten dadurch an, daß man sich in mancher Beziehung verrechnet hat. Der Fremde bezahlt ganz gern seine Abgabe an den Staat und die Kommune, aber er läßt sich nicht willenlos von der Profitgier Privater ausbeuten. Der Warnruf eines Amerikaners in der „Chicago-Tribüne": „Achtung Warnruf eines Amerikaners in der „Chicago Tribüne": „Achtung neben anderen schon seine Wirkung getan zu haben.

Den Gemeindehaushalt abgelehnt hat die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung Halle, die aus Unabhängigen, Kommunisten und Deutschnationalisten brüderlich vereint ist.

Philistertum und Expressionismus.

(„Der Verschwender" in der Volksbühne.)

Bevor Ferdinand Raimund, Bäckerlehrling durch väterlichen Zwang, lyrischer Schauspieler und tragikomischer Bühnendichter durch Gottes Gnade, mit ungeduldigem Selbstmörderfinger an das Himmelstor pochte, besahte er das Leben. Er ließ den Verschwender, der all sein Geld zu Gelagen und Geschenken fortwirft, nicht zum freundesverlassenen Menschenfeind werden, der sich eigenhändig sein Grab schaufelt. Er führte Herrn von Flottwell, seinem Sausaus und Millionenleichtfuß, im Gegenteil gute, getreue Genossen zu und vor allem die echt Raimundsche, herrliches Trosteswort persende Glückssee Cheristane, die ihn wieder zum rentengesegneten Manne macht. Das ist eine famose, für alle Bankerotteure verzuckerte Moral.

Das ist besonders eine Wiener Moral. Er ist der Tragikomiker des Wiener Philistertums, das lieblich und nicht ökonomisch ist und für Barone und Kanalräumer gleichermaßen gültig in den Tag lebt! Ging der letzte Kreuzer zum Teufel, so findet sich immer wieder ein Ausweg: die Fee oder das große Los oder der Tischler Valentin, Raimunds köstlichste Gestalt. Der Mann aus dem „Volke" mit dem goldenen Herzen, der alles teilt mit jedem, der weniger hat als er selber. Also darf sich, wer schon ganz unten war und wieder auftaucht, anzenaruberisch sagen: „Mir kann nix geschehen."

Es ist keine politische Moral und doch eine Biertischphilistermoral. Sie weicht die Knochen und den Willen manchmal bedenklich auf. Wer immer auf die gute Fee und den Herrgott vertrauen darf, verschlampt sein Leben leicht. So muß es sein, nur so darf es sein, lächelt Raimund. Er zimmert Menschlein, die sehr sozial sind und doch wieder ganz unsozial. So sind eben die kleinen Helden des Wohllebens, die liebenswürdigen, umgänglichen Spießer. Bis zum heutigen Tage? Von Herrn von Flottwell Raimunds bis zum Anatol Schnitzlers hat sich die durchaus schätzenswerte Wiener Philisterfamilie in Anmut fortgesetzt. Das ist ein hübsches Kapitel Wiener Lebensgeschichte, und das Gegenstück dazu liefert das Kapitel von einigen ganz Unphilisträsen, ganz Einsamen, ganz Grimmigen, zu deren Geschlecht Beethoven und Grillparzer gehörten.

Wer heute wiederum die Glückssee und ihren Betriebsrat, Herrn Azur, für die guten Tage des Herrn von Flottwell, des Verschwenders, schirmend walten sieht, der merkt auf: die überirdischen Herrschaften reden mit ihrem Schützling eigentlich Expressionismus vom Jahre 1920. Die Vokabeln sind zwar etwas altmodisch, aber die nämliche Abstraktion, die Redenden erhitzen sich auch zur trompetenden Ekstase und selbst zum greinenden Heiligengeheul. Das goldherzige Philistertum in Raimund ist echt, der szenenweis rasende Expressionismus in ihm ist jedoch nicht minder echt. So mischen sich um 1834 die Stile wunderlich in diesem philisträsen Expressionisten und expressionistischen Philister.

Was er erzeugt, sind „Original-Zaubermärchen". Jürgen Fehling, der zum Staatstheater geht, inszenierte zum letzten Male am Bülowplatz. Ihm fällt sehr viel Lustiges ein, obwohl er das Raimundsche Regiebuch kaum noch einsieht. Der phantasievolle Fehling beleuchtet raffiniert elektrisch, er liebt keine Geschichte der Regie. Alles aus eigener Einbildung und im Einverständnis mit seinem Maschinenmeister. Wenn der Himmel sich auftut und die Fee erscheint, steht sie im Hintergrund eines Ganges, der dem Eingang zum Meereskasino von Nizza ähnelt. Transparentlicht in der Pfeilergipfelung und überall viele, beinahe schreiende Farbigkeit.

In Herrn Koch, dem Verschwender, singt die süßbanale Kreutzersche Begleitmusik nur mait. Er ist eher Held als dieses eigentümlich verweichlichte Menschlein, das niemandem wehtun kann. Vor der gefälligen Trottelei fürchtete er sich wahrscheinlich, so wurde er um einige Noten zu tragisch und gescheit. Herr Julius Sachs (Valentin) und Frau Koch-Bauer, sein festes Gesponst, haben eher die Raimündsche Ueberlieferung verpönt. O, kostbares, saudummes, weit berühmtes Hobellied, einstmals gesungen vom zarten Selbstmörder Raimund, vom saftigen Martinelli und vom unsterblichen Girardi! Herr Sachs machte es allen mit Gefühl und Takt nach. Herr Herzfeld, Kammerdiener, Schuft, Tartuffe, zusammengesetzt aus shakespeareschem Geist und molièreschem Fanatismus.

Die Sommerspielzeit begann an der Volksbühne. Sie wird mit Erfolg die Hundstage überdauern.

Max Hochdorf.

Münchener Gewerbeschau und Republik. Der Münchener Gewerbeschau ist es zweifellos gelungen, in vollendeter Form ein Bild vom künstlerischen Wiederaufbau Deutschlands zu geben. Ihr Zweck ist ja doch, der Welt zu zeigen, daß trotz Schuldknechtschaft und Unterdrückung das deutsche Volk am Werk ist, wiederaufzubauen, was fast fünf Jahre Krieg zerstörten, zu zeigen, daß Kunst und Produktion Hand in Hand arbeiten müssen, um vorbildliche Qualitätsarbeit zu schaffen.

Auch der Republikaner und der Sozialist mögen sich darüber freuen, was hier an hochwertiger Arbeit aufgestapelt ist. Gerade diese Ausstellung wird ihm aber zugleich ein Zeuge der Unlogik und Widersinnigkeit unserer Wirtschaftsordnung sein. Das ausgehungerte deutsche Proletariat arbeitet, um einer Schar Begüterter auserlesene Kunstgegenstände zu schaffen, die Wohnungen der Reichen mit Wunderwerken der Schönheit, edelster Linienführung und Farbe zu schmücken, während die Heime der Schaffenden selbst öde und leer bleiben. 80 Proz. des Ausgestellten ist Luxusware, unerreichbar für die arbeitenden Massen.

Um so komischer wirkt das Bestreben gewisser Münchener politischer Kreise, selbst diese Ausstellung parteidemagogisch auszunützen. Es braucht im Ausland nicht zu verstimmen, wenn es in München heute Publizisten gibt, die in ihrer Biertischweisheit glauben, die Welt müsse schon wieder einmal an etwas Deutschem, diesmal an der Münchener Kunst genesen. Verführerischer sind die Argumente der Monarchisten. Sie leiten die Höhe der künstlerischen Leistungen von heute von der „Tradition offizieller Kunst" ab. Die Republik sei, wenn auch nicht gerade feindlich, so doch keinesfalls fördernd für die Künste. Es ist richtig: Sie verschmäht den königlichen Prunk, der nur Bevorrechteten, Höflingen und Lakaien zugute kommt, sie liebt die Einfachheit, nicht Prunk im Gigantischen, sondern künstlerische Form im Alltäglichen, nicht die Ueberkultur einzelner, sondern die Geschmackserziehung aller.

Vom Standpunkt der Kultur als Allgemeingut hat die deutsche Republik, wie die Münchener Gewerbeschau beweist, in den letzten vier Jahren schon mehr geleistet als die Monarchie in den letzten vier Jahrzehnten. Hier führend voranzugehen, als Bahnbrecher der Volkserziehung und Geschmacksbildung der Massen, dazu muß uns Republikanern die Münchener Gewerbeschau ein Ansporn sein.

H. Sch.

Drahtlose Kleinstationen mit Maschinensendern. Die letzten Tage brachten der deutschen Technik einen neuen Erfolg. Es gelang dem Oberingenieur Karl Schmidt aus einer einfachen 6000periodigen Wechselstromdynamo mit normaler Tourenzahl die Frequenzsteigerung auf 360 000 Perioden, d. h. es wurden mit einem Maschinensender Wellen von 900 Meter gesendet. Damit sind der drahtlosen Telegraphie ganz neue Bahnen gewiesen; denn nunmehr ist es möglich, die kommerziellen schiffs- und landverkehrsüblichen Wellen direkt aus der Maschine zu erzeugen; die drahtlose Senderanlage wird zur einfachen Starkstromanlage.

Mit der Maschine verbunden ist eine Tourenregulierungseinrichtung, die die Tourenzahl so konstant hält, daß selbst bei dieser kurzen Wellenlänge, also bei einer Periodenzahl von 360 000 in der Sekunde, keine wahrnehmbaren Schwingungen auftreten.

Ein deutscher Kunstverlag für Rußland. Ein Verlagsunternehmen, das in engster Fühlung mit der Sowjetregierung steht, ist in diesen Tagen in Berlin gegründet worden. Der Verleger Julius Bard hat mit einigen Vertretern der Sowjetregierung einen „Verlag für Kunst und Literatur Artes" gegründet. Er will Werke der modernen deutschen Dichtung und der deutschen kunstwissenschaftlichen Literatur in russischer Sprache veröffentlichen und mit Unterstützung der russischen Regierung in Rußland verbreiten. Die Bücher sollen in erster Linie den Schulen und den Kreisen der geistigen Arbeiter zugute kommen. Als eine der ersten Veröffentlichungen ist eine Sammlung russischer Volkslieder vorgesehen, deren Ertrag die Sowjetregierung einem Fonds für die hungernden russischen Kinder zuführen will.

Woher kommt die „Affenhaut"? Die „Affenhaut" spielt in der heutigen Damenmode eine große Rolle, so daß angesichts der ungeheuren Nachfrage nur blutige Laien glauben können, daß die Affen diesen Bedarf zu decken imstande sind. Es sind aber auch nicht die Affen, sondern die Chinesen, die zur Befriedigung der Modebedürfnisse der europäischen Frauen zwar nicht ihre Haut, wohl aber ihre Zöpfe zu Markte tragen. Nach dem Umsturz hat man in China in immer wachsendem Maße auf den Zopf verzichtet, um so mehr, als dieser, historisch betrachtet, als schmähliche Erinnerung an die Mandschuherrschaft gilt. Die Millionen von Zöpfen, die der Schere zum Opfer fielen, konnten aber im Haarhandel nur zum geringsten Teil Verwendung finden, weil sie im allgemeinen zu sprödes und dickes Haar haben, um von den Friseuren verarbeitet werden zu können. Dafür eignen sie sich um so besser als Rohmaterial für die Affenfellimitation.

Erstaufführungen der Woche. Mittw. Lessing-Theater: „Fuchsjagd".

Urania-Vorträge. Donnt., Mittw.: „Frühling am Acker". **Mont.:** „Vom Gardasee nach Venedig". **Dienst., Freit.:** „Einsteinfilm". **Donn.:** „Das schöne Schwabenland". **Sonnab.:** „Aegypten und der Nil".

Deutschnationale Juristerei.

Die „Kreuz-Zeitung" sucht in einem Leitartikel zum soundsovielten Male nachzuweisen, daß Herr v. Jagow zu Unrecht verurteilt worden sei, denn der § 81 Nr. 2 des Strafgesetzbuches (Hochverrat) schütze nur die alte Bismarcksche, nicht aber die Weimarer Reichsverfassung von 1919. Hinterher wird dem Verfasser aber selber etwas schwül zumute, da in Konsequenz seiner Darlegungen ja auch all die Kommunisten, die auf Grund des § 81 verurteilt worden sind, zu Unrecht ihre Strafe erlitten hätten. Aber flugs findet er ein rettendes Hintertürchen, er schreibt:

Als ob die Teilnehmer des Märzunternehmens mit den Kommunisten rechtlich in einen Topf geworfen werden könnten! Jene Kommunisten wollten nach dem Programm: „Alles muß ruiniert werden!" die staatliche Ordnung überhaupt, gleichviel durch welche Verfassung sie geschützt war, von Grund aus zerstören, das Märzunternehmen dagegen hat schlimmstenfalls die Bismarcksche Verfassung, die, von anderen gestürzt, am Boden lag, wieder aufrichten wollen, wie man wohl ein mit reichen Früchten behangenes Spalier aufrichtet, das ein böser Sturm umgeworfen hat.

Der Artikel ist mit einem W. unterzeichnet, was auf die Verfasserschaft des Grafen Westarp schließen läßt. Besser hätte man ihn mit A. unterschrieben, denn er riecht stark nach der Logik des berühmten Junkers Alexander, der wütend Schadenersatz fordert, weil der Hund des Bauern seine Kuh gebissen habe, der aber, als sich daß Gegenteil herausstellt, daß sein Hund die Kuh des Bauern gebissen, hohnlächelnd entscheidet: Ja, Bauer, das ist ganz was anderes!

*

Der „Kreuz-Zeitung" ist ihr Geständnis in Sachen der Dolchstoß-Legende peinlich, und sie sucht es zu widerrufen. Dergleichen ist man bei der deutschnationalen Presse hinlänglich gewohnt. Wenn ihr einmal unversehens die Wahrheit entrutscht ist, so wird am nächsten Tage bereits geknissen. Ueber die wirklichen Gründe des Zusammenbruches, die wir hier aufführten, will die „Kreuz-Zeitung" nicht mit uns diskutieren. Wir glauben ihr das gern, denn wir könnten sonst darauf verweisen, daß unmittelbar nach dem Zusammenbruch ein deutschnationales Blatt („Die Post") Herrn Ludendorff beschuldigt hat, das deutsche Volk in Unglück und Schande gestürzt zu haben, daß ein anderes deutschnationales Blatt (die „Deutsche Tageszeitung") der Monarchie bescheinigt hat, daß ihre Träger sich als feige und unfähig erwiesen haben, daß der deutschnationale Herr Escherich den Ausbruch der Revolution in Bayern nicht auf die „sozialdemokratische Wühlarbeit", sondern auf die Unzufriedenheit der Bauernschaft zurückgeführt hat, und auf vieles andere mehr, was unzählige Male hervorgehoben worden ist, aber von der „Kreuz-Zeitung" nie beherzigt werden wird, da sie ihre Ohren gegen die Wahrheit mit dicken Wattepfropfen verstopft hat.

Ein wandlungsfähiger Jurist.

Man schreibt uns: Eduard Heilfron, Leitartikler der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", Amtsgerichtsrat, Professor, Geheimer Justizrat und Verfasser dickbändiger Einführungen in die Rechtswissenschaft, beschäftigte sich kürzlich in einem Artikel der „D. A. Z." mit dem preußischen Zwangspensionsgesetz, das er recht unglimpflich behandelte. Er bezeichnete es als Zufallsgesetz, das zu dem Zweck eingebracht worden sei, junge Leute schneller unterzubringen; in Wahrheit jedoch hätten alle, die den Vorgängen näher standen, gewußt, daß nicht die Sorge um die Unterbringung des aus dem Kriege heimkehrenden Nachwuchses, sondern der Wunsch, an die frei werdenden Stellen im Sinne der heutigen Regierungspolitik „zuverlässige" Elemente zu setzen, der Vater des Gesetzes gewesen war.

Wenn man hiermit Ausführungen vergleicht, die der gleiche Herr Heilfron am 1. März 1921 an gleicher Stelle veröffentlichte, so muß man das geschickte Umstellungsvermögen des Herrn Professors bewundern; damals hieß es nämlich:

„Die Angreifer (des Zwangspensionsgesetzes. Die Red.) weisen immer auf die nicht zu beschreibende und sehr beklagenswerte wirtschaftliche Bedrängnis der alten Richter hin. Haben nicht auch die jungen Anwärter einen Anspruch darauf, endlich in planmäßige Stellen einzurücken? Am 1. Januar 1912 gab es in Preußen 216 Richter über 65 Jahre, am 1. Novembeer 1920 467. Das durchschnittliche Anstellungsalter der Gerichtsassessoren betrug vor dem Kriege etwa 5½ Jahre, im Jahre 1919 etwa 9½ Jahre. Auf dem dem preußischen Staat verbliebenen Gebiet müssen viele hundert Richter aus den Abtretungsbezirken untergebracht werden. Auch diese Umstände müssen berücksichtigt werden."

Man könnte zugunsten Heilfrons einwenden, er habe inzwischen hinzugelernt (hoffentlich mehr als die Studenten, die aus seinen Büchern bisher ungeahnte Rechtsweisheit schöpfen); es handelt sich aber in Wirklichkeit um mehr. Heilfron beschränkt sich nämlich nicht darauf, Tatsachen anders zu beurteilen, als er es vor einem Jahre tat, sondern er hat mittlerweile auch für den Geist, aus dem heraus jenes Gesetz entstand, eine andere Auslegung gefunden. Sollte hier nicht der deutschvolksparteiliche Leitartikler über den Juristen und Richter gesiegt haben? Man wird sich das merken müssen für den Fall, daß der Herr Geheimrat wieder, wie so oft, die absolute Unparteilichkeit des deutschen Richters in politischen Fragen hervorhebt.

Disziplinarverfahren gegen die Eisenbahner

Die „V. S."-Korrespondenz verbreitet eine Meldung, wonach der Reichskanzler eine Delegation, bestehend aus Vorstandsmitgliedern des ADGB., der AfA und des Deutschen Beamtenbundes, die bei ihm wegen der Disziplinarverfahren gegen die Eisenbahner vorstellig werden wollten, zu empfangen abgelehnt habe. Diese Meldung ist falsch. Eine Delegation ist beim Reichskanzler gar nicht vorstellig gewesen. Wie uns von autorisierter Seite mitgeteilt wird, ist zunächst nur eine Anfrage wegen des Empfanges einer Delegation erfolgt. Der Reichskanzler hat keineswegs ablehnend geantwortet, sondern nur gebeten, die Unterredung wegen Häufung dringender Geschäfte um einige Tage zu verschieben. Alle weiteren Mitteilungen jener Korrespondenz sind daher als müßiges und schädliches Gerede zu bezeichnen. —

Juviel verlangt. Die „Alldeutschen Blätter" sind auf ihren ehemaligen Liebling, den Exkronprinzen gar nicht gut zu sprechen. Wie sie berichten, wurde im Vorstand des Alldeutschen Verbandes das Kronprinzenbuch zur Sprache gebracht, und der Vorstand bedauerte einstimmig, „daß der frühere Kronprinz in der für die deutsche Zukunft entscheidenden Frage — der Judenfrage — nicht nur kein Verständnis zeigt, sondern daß er zu ihr in einer Weise Stellung nimmt, die nach seiner eigenen Vergangenheit und nach den Vorgängen der letzten acht Jahre einfach unerklärlich ist." — Herr Claß und die Seinen sind auch wirklich zu streng. Man kann doch wirklich nicht von dem Exkronprinzen verlangen, daß er in einem Buche, das er sich von Herrn Karl Rosner hat anfertigen lassen, nun auch noch auf die Juden schimpft.

Das Pfingstfreibad.

Pfingsten soll sich in diesem Jahre durch schönes Wetter auszeichnen. So darf man denn auch damit rechnen, daß der Badebetrieb im Freien großen Umfang annehmen wird. Wir hoffen, daß die folgenden Baderegeln vielen durchaus willkommen sein werden und daß ihre Befolgung manchen Unfall verhüten wird.

Man gehe niemals mit vollem, aber auch nicht mit ganz leerem Magen ins Wasser. Das in ständiger Bewegung befindliche Wasser drückt, besonders beim Schwimmen, auf den Leib. Dadurch kommen sehr leicht kurz vorher genossene Speisen hoch, verursachen Brech- und Hustenreiz. Atemnot ist die Folge, Hilferufen nicht möglich, und lautlos versinkt der sonst gute Schwimmer. Bei zu leerem Magen kann leicht Uebelkeit infolge Anstrengung des Schwimmens eintreten, und wenn dann nicht Hilfe zur Stelle ist, dann ist der betreffende Schwimmer ebenfalls verloren. Nichtschwimmer sollten nicht tiefer als in Hüfthöhe ins Wasser gehen, damit sie sich helfen können, wenn sie durch Dampferwellen oder aus einem anderen Grunde das Gleichgewicht verlieren. Daß man nicht mit stark erhitztem Körper ins kalte Wasser geht, dürfte für jeden denkenden Menschen etwas Selbstverständliches sein. Wenn man sich langsam entkleidet und dabei abkühlt, kann man ohne Gefahr ins Wasser gehen. Man schwimme auch nie ganz allein weit hinaus, wenn man auch noch so gut schwimmen kann. Ein Unfall kann auch dem besten Schwimmer einmal zustoßen, und dann ist es gut, wenn Hilfe zugegen ist. Vor direkten Sonnenstrahlen hüte man seinen Körper im Anfang. Man lege sich nicht in die heiße Mittagssonne mit nacktem Körper. Bösartige Verbrennungen der Haut oft mit Fiebererscheinungen sind die Folge. Langsam muß man seinen Körper an Luft und Sonne gewöhnen. Später, wenn die Haut sich etwas gebräunt hat und dadurch eine Schutzschicht um den Körper bildet, schadet einem auch die heiße Mittagssonne nichts mehr.

Wie lange soll man sich im Wasser aufhalten? Oft sieht man junge Menschen im Wasser stehen mit einer Gänsehaut auf dem ganzen Körper und blauen Lippen. Diese bekommen natürlich die schönste Erkältung, und Lungenentzündungen sind oft genug die Folge. Deshalb Vorsicht! Bleichsüchtige, blutarme Menschen dürfen natürlich nur kürzere Zeit im Wasser bleiben als gesunde, kräftige, abgehärtete Naturen. Sobald sich ein leichtes Frostgefühl einstellt, muß jeder unbedingt sofort das Wasser verlassen. Das Beste ist dann, wenn durch einen kurzen Dauerlauf dem Körper die nötige Wärmemenge wieder zugeführt wird.

Notwendig erscheint es, noch auf eine böse Unsitte hinzuweisen. Man kann oft beobachten, daß ein Schwimmer plötzlich Hilfe ruft, mit den Armen in die Luft greift und untergeht — um dann an anderer Stelle vergnügt wieder aufzutauchen. Derartige Ungezogenheiten können nicht scharf genug gerügt werden. So mancher Badende ist schon ertrunken, weil auch sein Hilferuf als Spaß aufgefaßt wurde. Ein Hilferuf darf nur in wirklicher Not ausgestoßen werden, dann wird ihn auch jeder Anwesende als solchen auffassen und nach Kräften Hilfe leisten. — Zum Schluß sei noch auf die vielen bestehenden Arbeiterschwimmvereine hingewiesen, die im Arbeiter-Turn- und Sportbund zusammengeschlossen sind. Bei ihnen ist eine sachgemäße Ausbildung der Mitglieder im Schwimmen und in der Lebensrettung gewährleistet, und ein guter Schwimmer hat ja einen viel höheren Genuß vom Baden als ein Nichtschwimmer.

Trotz Wohnungsnot!

Trotz aller Wohnungsnot kommt es in Berlin immer wieder vor, daß Wohnungen viele Monate hindurch unbenutzt bleiben. Aus dem Hause Reichenberger Str. 28 erfahren wir einen derartigen Fall, über den mancher Wohnungsuchende den Kopf schütteln wird. Eine im Seitenflügel liegende kleine Wohnung wurde um Mitte November vorigen Jahres von ihrem bisherigen Inhaber verlassen, weil dieser als Schupobeamter in die Kaserne an der Wrangelstraße übersiedelte. Zur Verwunderung der Hausbewohner wurde nun das Quartier nicht schleunigst einem der Zehntausenden von Wohnungsuchenden überwiesen, sondern es blieb den ganzen Winter und auch das Frühjahr hindurch unbenutzt. Im Hause erzählte man, das sei eine Dienstwohnung, die für einen anderen Schupobeamten frei gehalten werden müsse. Dies kann wohl nicht stimmen, denn jetzt zu Anfang Juni ist die angebliche Dienstwohnung plötzlich weitergegeben worden, aber nicht an einen Schupobeamten. Sechsundeinhalb Monate war sie unbenutzt geblieben, doch wurde die Miete regelmäßig bezahlt, so daß der Wirt sich keine Sorge zu machen brauchte.

Wie praktische Schulreform verhindert wird.

Gemeinschaftsschulen aus „privaten Mitteln".

In einer kürzlich von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Anfrage wurde in der Bezirksversammlung des 7. Bezirks (Charlottenburg) darauf hingewiesen, daß die Freie Schulgemeinde Charlottenburg beim Bezirksamt die Einrichtung von drei Anfängerklassen in Paulsenschem Sinne nachgesucht hat. Das Bezirksamt hat wohlwollende Unterstützung zugesagt und den gestellten Antrag dem Provinzialschulkollegium befürwortend vorgelegt. Dieses teilte dem Bezirksamt jedoch mit, daß Charlottenburg keine Sonderzugeständnisse erhalten könne. Man habe sich inzwischen mit dem Oberstadtschulrat Paulsen im wesentlichen geeinigt. Diese Einigung scheint nach den neuesten Nachrichten in einer Ablehnung der Paulsenschen Wünsche zu bestehen. Die Anfrage weist auf die Erbitterung hin, welche durch die Unterdrückung dieser bescheidensten Reformversuche in Charlottenburg geschaffen wurde, und fragt, was das Bezirksamt tun will, um den Widerstand der Staatsbehörden zu brechen. In der Beantwortung der Anfrage führt Stadtschulrat Otto aus, daß nach seinen Informationen eine Einigung zwischen Paulsen und dem Provinzialschulkollegium noch nicht zustandegekommen sei, weil Paulsen für diese Gemeinschaftsschulen den religionsfreien Unterricht verlangt. Paulsen soll sich jedoch neuerdings mit der Aufnahme des Religionsunterrichts in die Gemeinschaftsschule einverstanden erklärt haben. Der Minister steht übrigens auf dem Standpunkt, daß Gemeinschaftsschulen zunächst aus privaten Mitteln errichtet werden müssen, damit man ihre Erfolge erst praktisch erproben könne. Zum Schluß stellte sich Otto auf den Standpunkt, daß das Bezirksamt zur Erledigung der ganzen Frage nicht zuständig sei. Von unserer Seite wurde der Standpunkt des Stadtschulrats stark bekämpft. Der Hinweis des Ministers auf die private Initiative sei ein Hohn auf die Bestrebungen zur Schaffung von Gemeinschaftsschulen. Aber auch das Bezirksamt Charlottenburg sei für die Schaffung solcher Schulen nicht mit dem nötigen Interesse tätig gewesen. Das beweise die Tatsache, daß in allen anderen Städten des Reiches solche Schulen bereits erfolgreich arbeiten. Vorher hatte sich derselbe Stadtschulrat Otto noch über eine Beschwerde unserer Fraktion zu verantworten gehabt, die sich darauf bezog, daß seit Jahr und Tag die Charlottenburger Schuldeputation nicht zusammengetreten ist. Otto schob in der Erwiderung die Schuld an der Verzögerung auf Berlin.

Das kommt von „Hitze".

Die „Freiheit" veröffentlicht in der ihrer heutigen Morgenausgabe beigelegten „Frauenwelt" einen Aufsatz von B. Rudner, der sich mit dem Werke „Geburtenrückgang und Sozialreform" des Professors Franz Hitze befaßt, der auch lange Zeit Mitglied des Reichstages war. Zum Schluß dieses Aufsatzes heißt es dann: „Hoffentlich nimmt der Deutsche Reichstag die nächste Gelegenheit wahr, um sein hervorragendes Mitglied entsprechend zu ehren. Einen Haken hat die Sache allerdings: Ist Professor Hitze mit seinen 72 Jahren, dieser ehelose, kinderlose katholische Geistliche, überhaupt als Fachmann in derartigen Fragen anzuerkennen?"

Die Sache hat noch einen ganz anderen Haken. Hitze ist nämlich im Juli vorigen Jahres im 71. Jahre gestorben. Vielleicht zitiert Rudner den Geist Hitzes aus dem Jenseits, so daß alsdann die empfohlene Ehrung vor sich gehen kann.

Verstärkter Straßenbahnverkehr zu Pfingsten.

Bei gutem Wetter verkehren an den beiden Pfingstfeiertagen folgende Extrawagen der Straßenbahn: Am 1. Feiertag: Linie 19E: 5.20, 5.35, 5.50, 6.06, 6.21 und 6.36 ab Hermann- Ecke Steinmetzstraße bis Treptow, Platz am Spreetunnel. Linie 89E: 5.20, 5.40, 6.00, 6.20, 6.40 und 7.00 ab Gneisenau- Ecke Bärwaldstraße bis zum Platz am Spreetunnel in Treptow. Linie 21: 5.20, 5.40, 6.00, 6.20, 6.40 und 7.00 ab Rathaus Britz bis Moabit. Linie 22: 5.01, 5.16, 5.31 und 5.46 ab Kölnische Allee bis Alexanderplatz. — Am 2. Feiertag: Linie 19E und 89E wie am 1. Feiertag. Linie 21 um 6.00 und 6.40 ab Britz, Rathaus bis Moabit. Linie 22: 5.31 und 5.46 ab Kölnische Allee bis Alexanderplatz.

*

Der Pfingstverkehr hatte gestern abend und heute morgen auf den Berliner Bahnhöfen einen geradezu beängstigenden Umfang angenommen. Vielfach sah man Züge, in denen die Wagen der 3. Klasse als solche der 4. Klasse gekennzeichnet waren, da die vorhandenen Vierteklassewagen bei weitem nicht ausreichten. Auch Güterwagen mit Banken, wie man sie früher bei den Militärtransporten kannte, sind als Notbehelf eingestellt worden.

Deutsche Kinder nach Schweden.

Das Deutsche Rote Kreuz gibt bekannt, daß es auch in diesem Jahre denjenigen deutschen Kindern, die eine Wiedereinladung nach Schweden erhalten haben, bei ihrer Hin- und Rückreise behilflich sein will. Zu diesem Zweck müssen die Kinder umgehend bei der „Schwedenhilfe" des Deutschen Roten Kreuzes, Charlottenburg, Berliner Str. 137, Cecilienhaus, unter Angabe sämtlicher Personalien und Angabe der Adresse der schwedischen Einlader angemeldet werden, ebenso ist die Vorzeigung des Einladungsbriefes erforderlich. Die schwedischen Gastgeber müssen sofort beim Auswärtigen Amt in Stockholm, Brygga-regatan 11, die Einreiseerlaubnis für die von ihnen eingeladenen Kinder beantragen unter ausdrücklichem Hinweis darauf, daß die Kinder durch Vermittlung des Deutschen Roten Kreuzes, Schwedenhilfe, aus Deutschland ausreisen. Kinder unter 16 Jahren benötigen keinen eigenen Paß, mehr als 16jährige müssen sich einen solchen beschaffen, auch wird diesen kein gebührenfreies Visum erteilt. Auf deutscher sowie schwedischer Seite wird Fahrpreisermäßigung erteilt, doch ist es leider nicht möglich, einen Reisegeldzuschuß zu gewähren. Die Kinder werden im Laufe des Juni reisen.

„Belanglos".

Ueber die letzte Stadtverordnetensitzung hat die „Rote Fahne" in einer kurzen Notiz berichtet, daß sie „ziemlich belanglos verlaufen" sei. Ein kommunistischer Antrag, der den Gemeindearbeitern eine Teuerungsbeihilfe noch vor dem Fest bewilligen wollte, sei mit den Stimmen der Bürgerlichen und der Rechtssozialisten abgelehnt worden. „Angenommen wurde," fügt der Bericht hinzu, „ein Antrag der SPD., der den Magistrat ersucht, eine Kommission einzusetzen, welche über eine gleichmäßige Erhöhung der Arbeiterlöhne beschließen soll." Das Verlangen der SPD., statt des Palliativmittelchens einer einmalige Teuerungsbeihilfe eine angemessene Erhöhung der Löhne zu gewähren, um die Löhne der Verteuerung des Lebensunterhalts anzugleichen, dürfte den Arbeitern schwerlich als „Belanglosigkeit" gelten. Wie aus dem „Vorwärts"-Bericht über die Stadtverordnetensitzung zu ersehen ist, wurde auch der im zweiten Teil des Antrages der SPD. aufgestellten Forderung zugestimmt, daß auf die Lohnerhöhung sofort ein angemessener Vorschuß gezahlt werden soll. In dem Bericht der „Roten Fahne" bleibt diese Vorschußforderung unerwähnt.

Panzerechsen.

Zu den beliebtesten Partien unseres Aquariums im Zoologischen Garten gehört das stattliche Krokodilhaus in der ersten Etage, wo afrikanische Krokodile, indische Gaviale und amerikanische Alligatoren weilen. Wer die großen Panzerechsen im Schatten von Palmen, Bananen und Gummibäumen in träger Ruhe im Wasser liegen sieht, traut ihnen wohl einen sehr friedlichen Charakter zu. Daß sie aber recht bösartig, auch gegeneinander, sein können, zeigen sie namentlich bei der Fütterung, wo sie sich gegenseitig die Nahrung nicht gönnen und oft übereinander herfallen. Dabei wurde unlängst ein Krokodil derartig zugerichtet, daß die Direktion sich genötigt sah, es erschießen zu lassen. Ein ähnlicher Fall hat sich dort vor zwei Jahren zugetragen. Damals hatten übrigens Angestellte den Einfall, das Fleisch des getöteten Tieres zu braten und zu verzehren. Es soll im Geschmack dem Kalbfleisch ähnlich sein. Auch soll von dem Moschusgeruch, der dem Krokodilfleisch anhaften soll, nichts wahrzunehmen gewesen sein.

*

Das Berliner Aquarium zeigt jetzt im Tropenraum des Insektariums zahlreiche indisch-malaiische „Wandelnde Blätter" in allen Entwicklungsstufen, als Insekten ein Schulbeispiel der sogenannten Mimikry. Die anfangs roten Larven nehmen erst nach einigen Tagen die grüne Farbe der alten Tiere an, die sie bei ihrer verblüffenden Blattähnlichkeit im Gezweig der Bäume fast unsichtbar macht. Die Weibchen haben Flügeldecken ohne eigentliche Flügel, im Gegensatz zu den viel kleineren und schlanken Männchen, die die Weibchen mit Hilfe ihrer in den langen Fühlern sitzenden Geruchsorgane aufzufinden wissen.

135 000 Zigaretten erbeuteten Einbrecher, die in der vergangenen Nacht der Fabrik von Batschari in der Leipziger Str. 26 einen Besuch machten. Sie gelangten mit Nachschlüsseln in die im dritten Stock gelegenen Räume, suchten die Marken Mercedes und Batschari, die einen in Zehner-, die anderen in Hunderter- und Fünfhunderter-Packung aus und nahmen für 80000 Mark mit. Vor Ankauf wird gewarnt.

Eine neue Autobuslinie soll zwischen Alexander- und Arnswalder Platz eingerichtet werden.

Die Sportvorschau für die Pfingsttage im heutigen Morgenblatt ist, wie der größte Teil unserer sportlich orientierten Leser wohl schon selber bemerkt hat, nur infolge eines technischen Versehens unter die Rubrik „Arbeitersport" geraten.

Der Tod im „sicheren Hafen".

Ein Mord in Osten (Regierungsbezirk Stade) beschäftigt auch die hiesige Kriminalpolizei. Sein Opfer ist der 62 Jahre alte Gastwirt Heinrich Mahler geworden, der am 21. Mai, wahrscheinlich um die Mittagszeit, in seiner Gastwirtschaft „Im sicheren Hafen" mit einem Beil durch mehrere Hiebe niedergeschlagen und mit einer dünnen Schnur erdrosselt wurde. Dabei wurden ihm auch sechs Rippen gebrochen. Das Beil wurde abends in der Oste gefunden. Geraubt wurde eine silberne Ankeruhr mit dem eingeritzten Zeichen L. 863 und eine Geldtasche, eine sogenannte Teufelstasche aus grüner Pappe mit der Aufschrift: „Geldscheintasche D. R. G. M. 619 031". Der Mörder ist wahrscheinlich ein Mann, der am 7. Mai bei Mahler übernachtet hatte, am 20. Mai, abends um 9 Uhr, von Basbeck kommend die Ostener Fähre benutzte und sich anscheinend die ganze Nacht zum 21. Mai im Freien herumgetrieben hat, höchstwahrscheinlich ein am 22. Dezember 1885 im Haag in Holland geborener Arbeiter oder Seemann Gregorius Troch. Er wird jetzt in Berlin gesucht. Mitteilungen nimmt Kriminalkommissar Tretin im Zimmer 103 des Polizeipräsidiums entgegen.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas wärmer, vielfach heiter, vorübergehend stärker bewölkt bei ziemlich frischen südöstlichen Winden. Keine oder unerhebliche Niederschläge.

Gewerkschaftsbewegung

Die Lohnkämpfe der Bäcker und Konditoren 1921.

Vom Zentralverband der Bäcker und Konditoren wird uns geschrieben:

Der Zentralverband führte im Berichtsjahre 1152 Lohn- und Tarifbewegungen, an denen insgesamt 251 044 Personen beteiligt waren. Darunter waren 19 Angriffs-, 11 Abwehrstreiks und zwei Aussperrungen. Von sämtlichen Bewegungen konnten 1120 ohne Arbeitseinstellung und mit vollem Erfolg zum Abschluß gebracht werden. Von den Streiks endeten 25 mit 5127 Personen mit vollem Erfolge. Die übrigen konnten mit teilweisem Ergebnis beendet werden. An den Kämpfen partizipierten die Bäcker mit 879 Bewegungen ohne Arbeitseinstellung, 8 Angriffs- und 2 Abwehrstreiks; die Konditoren mit 90 Bewegungen ohne Arbeitseinstellung, 5 Angriff- und 1 Abwehrstreik. In der Back-, Süß-, Teigwaren-, Kunsthonig- und Marmeladenindustrie bestehen Reichs- bzw. bezirkliche Lohnabmachungen, die im Jahre hindurch des öfteren reformiert werden mußten.

Das Gesamtergebnis ist: Verkürzung der Arbeitszeit für 277 Personen um 1269 Stunden oder 4,6 Stunden für den einzelnen Beteiligten pro Woche; Lohnerhöhungen für 93 568 Personen 13 368 964 Mark oder durchschnittlich für jeden männlichen Beteiligten 171,61 Mark und für jede weibliche Beteiligte 107,82 Mark wöchentlich; Bezahlung der Ueberstunden für 37 332 Personen; Bezahlung gesetzlich erlaubter Sonntagsarbeit für 33 370 Personen; tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Neuabschlüsse für 37 906 Personen; Gewährung von Ferien und Bezahlung des Lohnes bei Krankheit für 42 698 Personen. Am Jahresschluß bestanden 335 Tarif für 35 076 Betriebe mit 90 468 beschäftigten Personen. Der Tarifgedanke hat sich in den wirtschaftlich rückständigen Kleinbetrieben nach langen und hartnäckigen Kämpfen gefestigt, so daß alle diejenigen, die sehnsüchtig die „gute alte Zeit" herbeiwünschen, mit ihren Bemühungen, die Arbeiter von dem Mitbestimmungsrecht im gewerblichen Arbeitsvertrag auszuschalten, kein Glück haben werden.

Bankbeamtenstreik im Saargebiet.

Wie der Allgemeine Verband der Bankangestellten mitteilt, hat die Streiklage nach achttägiger Streikdauer eine wesentliche Verschärfung erfahren. Der Streik hat sich auf die Plätze Saarlouis, Neunkirchen, Ottweiler und St. Wendel ausgedehnt. Der Streik ist dadurch verursacht worden, daß die Banken im Saargebiet sich weigern, einen Tarifvertrag abzuschließen. Die Begründung für diese Weigerung durch die Bankleitungen ist mehr als merkwürdig. „Hier kann uns niemand zwingen, etwas einzuführen, was uns nicht angenehm ist." oder: „Wir denken nicht daran, die Errungenschaften der Revolution hier einzuführen." sind Aussprüche, die beweisen, daß sich die Bankleitungen die für die Angestellten des Saarlandes ungünstigen Rechtsverhältnisse in Arbeitnehmerfragen zunutze machen wollen. So lassen sich Leute, die sich früher und auch heute noch als die Eckpfeiler des Deutschtums anpreisen, durch den Versailler Vertrag die Steigbügel halten. In der breiten Oeffentlichkeit des Saargebiets herrscht berechtigte Empörung über dieses Vorgehen der Herren Röchling, Grohé-Henrich und ihrer Trabanten. Es bleibt abzuwarten, was die Leitungen der Berliner Großbanken tun werden, um diesem beschämenden Treiben ihrer saarländischen Filialdirektoren ein Ende zu setzen. Die Stimmung unter den Streikenden ist vorzüglich. Einmütig wurde beschlossen, den aufgezwungenen Kampf bis zum guten Ende durchzuführen.

Die Zentralverbände Ende März 1922.

Der ADGB. umfaßt noch 49 Verbände, die am Schlusse des ersten Vierteljahres 1922 eine Mitgliederzahl von 7 874 005 aufwiesen. Wenn wir sagen: noch 49 Verbände, so deshalb, weil sich diese Zahl infolge der Schaffung des Baugewerksbundes demnächst um etwa drei (Dachdecker, Glaser und Töpfer) verringern dürfte. Damit wird jedoch nicht wie beim Uebertritt des Zentralverbandes der Angestellten zum Afa-Bund, die Mitgliederzahl des ADGB. verringert. Gegenüber der durchschnittlichen Mitgliederzahl im Jahre 1921 (ohne ZdA.) weist die Gesamtziffer für das erste Quartal ein Mehr von 51 575 Mitglieder auf, wovon 44 860 männliche und 6715 weibliche Mitglieder.

Auch die Bank-Oberbeamten.

Auf dem jüngsten Vertretertag der Vereinigung von Oberbeamten im Bankgewerbe in Heidelberg „nahmen Erörterungen über die materielle Lage der Oberbeamten einen breiten Raum ein". Man will zwar keine reine Gehaltsbewegung, sondern nach wie vor die ideellen Ziele verfolgen, „als welche vornehmlich die Berücksichtigung der besonderen Interessen des leitenden Bankangestellten im Arbeiterecht und im Ausbau der Wirtschaftsverfassung zu gelten haben. Die Not der Zeit jedoch und die . . . Tatsache, daß die leitenden Bankangestellten in ihren Bezügen größtenteils auch nicht annähernd mit der materiellen Aufbesserung der übrigen Angestelltenschaft Schritt gehalten haben, führte die Diskussion stets von neuem auf die Aufgabe der Beseitigung dieser materiellen Notlage. Auch eine pensionsweise Sicherstellung wurde gewünscht und der Vorstand beauftragt, „in Verbindung mit den zuständigen Organisationen der Arbeitgeber einen Weg zu suchen, der unter Ausschaltung jeder Tarifierung eine Anpassung der Bezüge an die jeweilige Teuerung ermöglicht".

Man sieht, daß die Oberbeamten den Herren Arbeitgebern gegenüber etwas genierlicher auftreten. Sucht man nach dem Unterschied zwischen der Bewegung der einfachen Angestellten und der der oberen Angestellten im Bankgewerbe, dann kommt man zu dem Schluß: derselbe Faden, nur eine andere Nummer.

Die Berliner Buchbinder und ihr Verbandstag.

Eine außerordentliche Generalversammlung der Buchbinder und Papierverarbeiter am Dienstag im Gewerkschaftshaus nahm den Bericht vom letzten Verbandstag entgegen, den Kaiser in kurzen Zügen erstattete. Die Beitrags- und Unterstützungsfrage wurde von anderer Seite eingehend behandelt. Die Beiträge sind um 100 Proz. erhöht worden, die Unterstützungsleistungen dagegen um 800 Proz. Sollen diese Leistungen weiter bestehen, müssen die Lokalbeiträge erhöht werden. Die Lehrlingsklasse sowie die Klasse 1 wurden mit der Erhöhung verschont. Die Beitragssätze sind jetzt: Klasse 2 = 8 M., Klasse 3 = 13 M., Klasse 4 = 18 M. und Klasse 5 = 24 M. pro Woche. In diesen Sätzen ist zugleich der Lokalbeitrag enthalten. Am 24. Juni soll durch Urabstimmung der Mitglieder über die Annahme dieser Beitragssätze entschieden werden. In der Diskussion wurde das Verhältniswahlsystem, der Punkt Technische Nothilfe und die Haltung des Verbandstages dazu erörtert. Rode erklärte die Stellungnahme der Berliner Delegierten in Kassel. Die Versammlung wurde zum 9. Juni vertagt.

Ein Erfolg des ZdA.

Der Reichswirtschaftsrat hat sich vor einigen Tagen mit einem Antrage des Zentralverbandes der Angestellten auf Aenderung des § 139b der Gewerbeordnung beschäftigt. Auf Grund reichhaltigen Materials zeigte Ucke vom ZdA. die Notwendigkeit einer Umwandlung der Gewerbeaufsicht in Gewerbe- und Handelsaufsichtsämter. Die Arbeitgeberorganisationen haben seit Wochen einen sehr umfassenden Feldzug gegen die freigewerkschaftlichen Forderungen eingeleitet und in der Zwischenzeit auch die Handelskammern und den Deutschen Industrie- und Handelstag mobilisiert.

Die Forderung nach Einführung der Handelsaufsicht und Ueberwachung des gesamten Angestelltenschutzes könnte doch selbst den Unternehmern nur angenehm sein, wenn sie tatsächlich, wie sie behaupten, die gesetzlichen Schutzbestimmungen innehalten. Erfreulicherweise hat der sozialpolitische Ausschuß des Reichswirtschaftsrats unter der Wucht der Gründe des ZdA.-Vertreters gegen einen Teil der Arbeitgeber dem Antrage auf folgende Aenderung des § 139b der Gewerbeordnung zugestimmt:

„Die Aufsicht über die Ausführung der gesetzlichen und tariflichen Arbeiter- und Angestelltenschutzbestimmungen ist neben den ordentlichen Polizeibehörden den von den Landesregierungen auszubauenden Gewerbe- und Handelsaufsichtsämtern zu übertragen. Den Beamten der Gewerbe- und Handelsaufsichtsämter stehen bei Ausübung dieser Aufsicht alle amtlichen Befugnisse der Ortspolizeibehörden, insbesondere das Recht zur jederzeitigen Revision zu. Sie sind, vorbehaltlich der Anzeige von Gesetzwidrigkeiten, zur Geheimhaltung der amtlich zu ihrer Kenntnis gelangenden Geschäfts- und Betriebsverhältnisse verpflichtet.

Ueber die Tätigkeit sind alljährlich Berichte zu erstatten, die dem Reichstag vorzulegen sind.

Die Gewerbe- und Handelsaufsichtsämter sind berechtigt, von den Arbeitgebern ihres Bezirks unter Festsetzung bestimmter Fristen Berichte und statistische Unterlagen einzufordern."

Achtung! Damenmaßschneider und -schneiderinnen! In Hamburg streiken seit 7 Wochen die Kollegen und Kolleginnen in der Damenmaßbranche, weil die bis dahin bestandenen Arbeitsbedingungen, welche teilweise etwas günstiger waren, als dies der Reichstarif vorsah, beseitigt werden sollten. Die Unternehmer führen diesen Kampf zielbewußt, um unseren Kollegen und Kolleginnen erworbene Rechte zu nehmen. Der Schlichtungsausschuß, welcher auf Veranlassung des Syndikus der Arbeitgeber angerufen wurde, entschied, daß die Sonderstellung Hamburgs am 1. August endet, spätestens aber vom 1. September d. J. ab das Reichsschema für Hamburg in Kraft tritt. Dieser Schiedsspruch wurde von den Arbeitgebern abgelehnt, während die Arbeitnehmer denselben angenommen haben.

Jetzt versuchen die Hamburger Unternehmer, in Berlin Arbeitskräfte zu bekommen.

Kollegen und Kolleginnen! Laßt euch nicht einfangen! Fallt euren Hamburger Kollegen und Kolleginnen nicht in den Rücken!

Folgt nicht den Sirenengesängen der Hamburger Arbeitgeber, ihr würdet euch selbst schädigen.

Deutscher Bekleidungsarbeiterverband, Filiale Berlin.

Das Tarifabkommen für die Angestellten der chemischen Industrie ist durch Verfügung des Reichsarbeitsministers vom 11. Mai 1922 für verbindlich erklärt worden. Als räumlicher Geltungsbereich kommen außer der Stadtgemeinde Berlin die Orte Grüner, Königswusterhausen, Wildau, Oranienburg, Bernau und Teltow in Frage. Die Erhebungen des Reichsarbeitsministers bezüglich der Ausdehnung der allgemeinen Verbindlichkeit des Tarifvertrages auf die Seifenindustrie sind noch nicht zum Abschluß gelangt. Die Seifenindustrie gehört deshalb vorläufig noch nicht zum Geltungsbereich des Tarifvertrages.

Wirtschaft

Die Steigerung der Baustoffpreise.

Nach der von der „Sozialen Bauwirtschaft" berechneten Indexziffer stellten sich für eine Wohnung von 70 Quadratmetern Wohnfläche die Baustoffpreise in Deutschland Anfang Mai wie folgt:

Baustoffe	1. Juli 1914	1. Mai 1922
Mauersteine	700,— M.	49 000,— M.
Zement	60,— „	2 800,— „
Stückenkalk	73,— „	4 770,— „
Gips	12,50 „	607,— „
Dachsteine	243,50 „	13 300,— „
Rohrgewebe	23,50 „	1 550,— „
Kantholz	264,— „	22 000,— „
Fußboden	152,50 „	9 300,— „
Zink	55,50 „	5 510,— „
Summa	1584,50 M.	107 437,— M.

Die Preise der hauptsächlichsten Baustoffe für eine Wohnung sind also von 1584,50 M. am 1. Juli 1914 auf 107 437 M. am 1. Mai 1922 gestiegen. Wird der Preis vom 1. Juli 1914 gleich 100 gesetzt, dann ist bis zum 1. Mai 1922 eine Preissteigerung der Baustoffe von rund 6780 zu verzeichnen. Anfang Mai betrug also die Indexziffer 6780, d. h. die Baustoffpreise sind von Anfang April bis Anfang Mai, also in einem Monat, vom 55,33fachen des Friedenspreises auf das 67,80fache des Friedenspreises gestiegen. Steigen die Baustoffe in diesem Tempo weiter, dann werden sie am 1. Oktober d. J. etwa das 125fache des Friedenspreises betragen.

Rückgang der Kohlenförderung im Mai. Die Kohlenförderung hat sich im Mai sehr ungünstig gestaltet. Während schon im April 7225 Tonnen arbeitstäglich weniger gefördert wurden als im März, ist für den Monat Mai mit einem weiteren Rückgang zu rechnen, der sich voraussichtlich auf rund 18 000 Tonnen arbeitstäglich belaufen wird. Wird der 1. Mai, an dem nur wenig mehr als ein Drittel des arbeitstäglichen Durchschnittes gefördert wurde, unberücksichtigt gelassen, so wird die arbeitstägliche Förderung voraussichtlich 11 500 Tonnen weniger als im April betragen. Die Lagerbestände sind stark zurückgegangen. Während am 25. Februar noch 1 159 000 Tonnen lagerten, sind heute noch etwa 700 000 Tonnen vorhanden.

Schließung der Reichsbankkassen im abzutretenden Oberschlesien. Die Reichsbankanstalt in Kattowitz wird am 10., die in Königshütte am 9. Juni geschlossen. Die bisher in Kattowitz und Königshütte vorhandenen Girokonten und sonstigen Geschäfte werden auf Antrag bei den benachbarten deutschbleibenden Reichsbankanstalten, in erster Linie in Beuthen, weitergeführt.

Das polnische Tabakmonopol. Der Sejm nahm in dritter Lesung das Gesetz betreffend die Einführung des Tabakmonopols in ganz Polen an. Erleichtert wird seine Einführung dadurch, daß Polen in Galizien bereits die dort bestehenden Ueberreste des österreichischen Tabakmonopols übernehmen konnte.

Theater der Woche.

Vom 4. bis 11. Juni.

Volksbühne: 4., 5., 7., 10. Der Verschwender. 6. Der Traum ein Leben. 8. Die Ratten. 9. Masse Mensch. — **Opernhaus:** 5. Lohengrin. 6. Cavalleria rusticana. 7. Aida. 8. Versiegelt. Zaubergeiger. Silhouetten. 9. Zauberflöte. 10. Butterfly. 11. Meistersinger. 12. Schatzgräber. — **Schauspielhaus:** 5., 7., 10. und 11. Napoleon. 6. und 10. Peer Gynt. 8. Journalisten. 9. Lumpazivagabundus. — **Deutsches Theater:** Potasch u. Perlmutter. — **Kammerspiele:** Bauernmord. — **Lessing-Theater:** Madame Sans-Gêne. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeisters Kreisler. — **Deutsches Opernhaus:** 4. Lohengrin. 5. Carmen. 6. Fledermaus. 7. Hoffenzert. 8. Oberon. 9. Evangelimann. 10. Hugenotten. — **Schiller-Theater:** Charleys Tante. — **Großes Schauspielhaus:** Die versunkene Glocke. — **Neues Volks-Theater:** 4. Anna Boleyn. 5., 7., 9., 10. Schuster Aiolos. 6., 8. Heuchler. — **Die Tribüne:** Der Tyrann. Die Unschuldige. Varieté. — **Deutsches Künstler-Theater:** Die erste Nacht. — **Komödienhaus:** Gretchen. — **Berliner Theater:** Madame Flirt. — **Trianon-Theater:** Moral. — **Residenz-Theater:** Eine Frau ohne Bedeutung. — **Zentral-Theater:** Die Mädels von Davos. — **Komische Oper:** Der Meister vom Montmartre. — **Lustspielhaus:** Der Werwolf. — **Metropol-Theater:** Bajadere. — **Neues Operetten-Theater:** Casanovas Sohn. — **Thalia-Theater:** Die Herren von und zu. — **Theater am Nollendorfplatz:** Verliebte Leute. — **Theater des Westens:** Olga. — **Walhalla-Theater:** Die beiden Nachtigallen. — **Walhalla-Theater:** Das Gasthaus zur Liebe. — **Kasino-Theater:** Der Neffe aus Afrika. — **Intimes Theater:** Die Peitsche und . . .! Besuch im Bett. Lauf doch nicht immer nackt herum. Doppelt besetzt. — **Theater am Kurfürstendamm:** Der schwarze Pierrot. — **Neues Theater am Zoo:** Scampolo.

Nachmittagsvorstellungen: **Volksbühne:** 4. Die Ratten. 5. Masse Mensch. — **Schauspielhaus:** 5. Lumpazivagabundus. — **Deutsches Opernhaus:** 4. Martha. 5. Hoffmanns Erzählungen. 10. Zar und Zimmermann. — **Schiller-Theater:** 4., 5., 11. Ein Wintermärchen. 9. Prinz Friedrich von Homburg. — **Großes Schauspielhaus:** 4., 5. Die versunkene Glocke. — **Neues Volks-Theater:** 4. Schuster Aiolos. 5. Heuchler. — **Theater am Nollendorfplatz:** 4., 5. Der Vetter aus Dingsda. — **Walhalla-Theater:** La Traviata. **Neues Theater am Zoo:** 4. Maria Stuart.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Klühs, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Volks-Reise-Verband
Geschäftsst.: Neukölln, Wildenower Straße 55.
Ferien-Fahrten 1922
30. Juli—6. Aug.: Fichtelgebirge
[illegible]—19. Aug.: Schwarzwald u. Bodensee
Weitere Reisen in Vorbereitung.
Nur schriftliche Auskunft erteilt die Geschäftsstelle (Rückporto ist beizuf.)
„Der Reisegenosse" ist erschienen. [illegible] 3 Mark

Zahngebisse
zerbrochene Teile, einz. Zähne
Gold ✦ Silber
Bruch, Ketten, Bestecke, Barren
kauft zu unüberbietbaren Preisen
Heinrich Trapp
Handelsgerichtlich eingetr. Firma
Beuthstr. 10 (Laden) am Spittelmarkt.
Telephon: Zentrum 1876

Stoffe
für Herren und Damen
feinste Qualitäten
Albert Walkhoff, Neue Königstr. 54
am Alexanderplatz
Vorzeiger erhält 5 Proz. Rabatt

Sehr preiswerte
Herrenunterwäsche
empfiehlt
Strumpfhaus „Werba"
Berlin, Kottbuser Damm 72
Ecke Lenaustraße

Vorwärts-Inserate verbürgen Erfolg!

Stoff-Reste-Haus
A. M. Steinhardt
18 Kottbuser Damm 18
Sommer-Ausverkauf!
Schöne Reste in Frotté, Voile, Gabardine, Tuch usw.
Reste für Herren-Anzüge, Schlüpfer
la Qualitäten.
Staunend billig!

Der kleine Jan
von Heinrich Schulz
Für Eltern und Kinderfreunde ein köstliches Buch. Künstlerischer Einband, mit vielen Textzeichnungen von T. Schalcher
Preis gebunden 15 Mark
Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 3

„Vorwärts"-Ausgabestellen u. Inseraten-Annahme

Hauptexpedition: Berlin, Lindenstr. 3, Laden.
Zentrum: Ackerstr. 174, am Koppenplatz.
Westen: Streliker Str. 57, Ecke Magdeburger Straße.
Süden: Bärwaldstr. 42, an der Gneisenaustraße. — Prinzenstraße 31, Hof rechts parterre.
Osten: Markusstr. 36. — Petersburger Platz 4.
Südosten: Lausitzer Platz 14/15.
Nordosten: Immanuelkirchstr. 34.
Moabit: Wilhelmshavener Str. 48. — Lübecker Str. 11.
Wedding: Müllerstr. 3a, Ecke Utrechter Straße.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wattstr. 9.
Gesundbrunnen: Bastianstr. 7.
Schönhauser Vorstadt: Greifenhagener Str. 22.
Adlershof, Alt-Glienicke: Fri. Walter, Adlershof, Genossenschaftsstr. 5, parterre.
Baumschulenweg: Frau Köpke, Kiefholzstr. 180, Laden.
Bernau, Rüdersdorf, Köpenick, Schöneiche, Karow und Buch: Heinrich Preis, Bernau, Mühlenstr. 4.
Biesdorf: P. Donneberg, Viktoriastr. 11.
Bohnsdorf: Harlemann, Genossenschaftshaus Paradies.
Buchholz, Blankenburg: Wagner, Blankenburg, Burgwallstraße 43.
Charlottenburg I: Zehdenicker Str. 1.
Charlottenburg II: Schwerinstr. 11.
Charlottenburg III: [illegible] 121.
Charlottenburg IV: Regensburger Straße 16.
Dahlwitz: Schönberg, Landsberger Str. 10.
Eichwalde-Schmöckwitz: Köthner, Bahnhofstr. 20.
Erkner: Alber, Werneuchen, Friedrichstr. 21.
Fichtenau: Kraske, Bismarckstr. 1.
Falkenberg: Salzmann, Falkenberg, Gartenstadtstr. 18.
Friedenau: Rheinstr. 27, Ecke Rönnebergstraße.
Fredersdorf-Petershagen: Ullenwalter, Petershagen.
Friedrichshagen: Hoffmann, Friedrichshagen, Kurze Straße 1.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 16.
Halensee, Grunewald: Halensee, Johann-Sigismund-Str. 18.
Hennigsdorf: Emmrich, Rathausstr. [illegible]
Hohenschönhausen: Siegertz, Bismarckstraße.
Johannisthal: Alwin Gemmrich, Bismarckstr. 8.
Karlshorst: Olle, Heiligenbergstr. 10.
Kaulsdorf: Liebig, Finsterberger Str. 14.
Königswusterhausen: C. Meyer, Potsdamer Str. 3.
Köpenick, Hirschgarten: Schlee, Kirchstr. 6 (Laden).
Lichtenberg I: Lichtenberg, Wartenbergstr. 1.
Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: Lichtenberg, Boxhagener Str. 62.
Lichtenberg III, Friedrichsfelde: Frankfurter Allee 153, Laden.
Lichtenrade: Franz Wichura, Kaiser-Friedrich-Str. 3, Restaurant.
Lichterfelde-Ost: Lankwitz u. Steglitz: Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-Str. 1.
Lichterfelde-West: Bennet, Steglitzer Str. 10.
Mahlsdorf: Emil Rausch, Lemkestr. 25.
Mariendorf: August Lein, Chausseestr. 20.
Marienfelde: Berliner Str. 143.
Neuenhagen: Wenske, Ziegelstr. 11.
Neukölln I: Neckarstr. 3.
Neukölln II: Siegfriedstr. 28/29.
Neukölln-Britz: Milling, Britz, Chausseestr. 52.
Niederschöneweide: Schindler, Fennstr. 23.
Nowawes: Karl Kronberg, Eisenbahnstr. 16.
Oranienburg: Heinr. Leonhardt, Stralsunder Str. 6.
Oberschöneweide: Robert Kunt, Mathildenstr. 5.
Pankow: Aikmann, Mühlenstr. 70.
Potsdam: Kiefte, Spandauer Str. 8.
Rahnsdorf: Teichert, Forststr. 7.
Reinickendorf-Ost, Schönholz: Albert Wahle, Provinzstraße 56 (Laden).
Reinickendorf-Rosenthal: W. Burg, Prinz-Heinrich-Str. 34.
Schmargendorf: Rehak, Breite Str. 4.
Schöneberg: Belziger Str. 27.
Genzin, Mittenwalde, Eichenkendorf, Niederlehme, Neue Mühle, Zernsdorf, Cablow: Friedewald, Senzig, Chausseestr. 31.
Siemensstadt: Wienke, Brunnenstr. 38.
Steglitz: Zeitungs-Kiosk, Düppelstr. 41.
Spandau: [illegible] 21.
Stralau: Schäfer, Eichenwinkel 16.
Südende: Ludwig, Halskestr. 58.
Tegel, Borsigwalde, Reinickendorf-West, Tegelort, Hermsdorf, Conradshöhe, Wittenau, Waidmannslust, Hermsdorf, Hohenneuendorf, Birkenwerder: Paul Kienast, Borsigwalde, Räuschstr. 18.
Teltow: Hösel, Ritterstr. 23.
Tempelhof: Kaiser-Wilhelm-Str. 18.
Tempelhof: Kandler, Hohenzollernkorso 8.
Trebbin: Göring, Bahnhofstr. 62.
Treptow: Weiß, Kiefholzstr. 18b.
Weißensee: Greunke, Berliner Allee 54.
„ Dillmann, Carmen-Sylva-Straße 57.
Wildau-Hoherlehme: Aug. Lettow.
Wilhelmshagen, Hessenwinkel: Schulze, Wilhelmshagen, Wilhelmstr. 31.
Wilmersdorf: Holsteinische Str. 19, Tübinger Str. 2a.
Wittenau: Wilh. Zimmermann, Rosenthaler Str. 49.
Woltersdorf: Schurbaum, Eichendamm 22.
Zehlendorf, Schlachtensee, Nikolassee: Bruner, Zehlendorf, Teltower Str. 8.
Zeuthen, Miersdorf: A. Behling, Bahnhofstr. 2.
Zossen: Witt, Bahnhofstr. 25.

[illegible] Literatur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Sonntags sind die Geschäftsstellen geschlossen.